

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadigroszasse Nr. 12 — Oskärische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in R.M.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porchdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: A. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in R.M.): Die 7spaltene 85 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Wichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 181

Bad Schandau, Freitag, den 5. August 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Das Reichswehrministerium stellt fest, daß die von Professor F. W. Förster bekanntgegebene Teilnahme eines Reichswehroffiziers an Gesprächen über Vergrößerung der Reichswehr aus der Luft geübt ist.

* In Saarbrücken ist die Gruppierung der Verkehrs Polizei gegenüber den Offizieren des interalliierten Bahnschutzkommandos aufgehoben worden.

* Reichsaussenminister Dr. Stresemann ist gestern, von Bad Pyrmont kommend, nach Berlin zurückgekehrt.

* Wie aus Moskau gemeldet wird, wird ein Flugzeug der russischen Flugzeugflotte zum Europaflug starten. Das Flugzeug soll die Hauptstädte Westeuropas besuchen. Am 12. August soll ein russisches Flugzeug zum Fluge nach Tokio starten, der in 70 Stunden durchgeführt werden soll.

* Wie aus Moskau gemeldet wird, werden die Konferenzen des Zentralkomitees, in denen über den Ausschluß der Opposition beraten wird, fortgesetzt. Sie gehen weiterhin unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich. Es verlautet, daß Trotski und Sinowjew sich außerordentlich geschickt gegen ihren Ausschluß wehren. In der Stadt und auf dem Lande wird das Ergebnis der Beratungen mit größter Spannung erwartet. In Moskau sind in den letzten Tagen zahlreiche Anhänger der Opposition eingetroffen.

Südafrikanische Diplomatie.

Von Professor Dr. Tarahnath Das.

Es ist jetzt etwas über 25 Jahre her, daß die Buren sich der britischen Uebermacht im Kampf um ihre Unabhängigkeit beugen mußten. Sie verloren wohl den Krieg, aber ihre klugen Führer, besonders General Botha und Smuts, verstanden es, in unermüdlicher Arbeit die Niederlage in einen Sieg umzuwandeln, und heute sind die Südafrikaner tatsächlich unabhängig. Das Land wird praktisch von den Buren beherrscht. Der Weg der südafrikanischen Diplomatie ist in groben Umrissen folgender: Beim Friedensschluß verstanden es die Buren, ihre wesentlichen Rechte als freies Volk, innerhalb des Britischen Reiches, zu wahren, womit sie sich jedoch nicht zufrieden gaben, vielmehr unmittelbar nach dem Krieg schon mit voller Energie auf ihre Unabhängigkeit im Rahmen des Britischen Reiches hinarbeiteten. Während der Regierungszeit Campbell-Bannerman's erreichten sie dann auch dieses Ziel.

Es folgte die Anschlußbewegung der britischen Staaten in Südafrika — Kap-Kolonie, Natal, Transvaal und Orange-Freistaat — an die Südafrikanische Union, deren Zustandekommen von England, als eine dem Reich offenbar günstige Entwicklung, gefördert wurde. Die südafrikanischen Führer stimmten der Bildung der Union ebenfalls zu, indem sie ihrerseits freilich zuerst den südafrikanischen Belangen zu dienen wünschten.

Alle südafrikanischen Führer waren — ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit — für Unabhängigkeit, nur verfolgten sie verschiedene Wege. Die Botha-Smuts-Partei gehörte der gemäßigten Richtung an und war für die Zusammenarbeit mit den Britisch-Afrikanern, während die Partei des Generals Herjog einen radikalen Standpunkt einnahm und die sofortige Losrennung Südafrikas von der britischen Kontrolle forderte. Unter diesen Umständen hielten es die Britisch-Afrikaner für geraten, sich der Botha-Smuts-Gruppe anzuschließen, um die Politik der Extremisten abzuschwächen.

Als der Weltkrieg ausbrach, hing die britische Regierung hinsichtlich des Schutzes britischen Eigentums vor inneren Ausschreitungen und äußeren Angriffen völlig von der Botha-Smuts-Gruppe ab, die auch die Erhebung der kompromißfeindlichen Burenführer niederschlug.

Im Weltkrieg wurden die deutschen, an englisch-südafrikanisches Gebiet angrenzenden Besitzungen von den Buren erobert, und die Botha-Smuts-Gruppe wurde zum wirksamen Schutzherrn von Englands Macht und Ansehen in Südafrika. Der Kampf dieser Buren gegen die Deutschen entsprang nicht dem Wunsche, das britische Reich zu unterstützen, als vielmehr der Absicht, die deutschen Gebiete der Südafrikanischen Union bzw. ihrem Staat einzuverleiben. Dies wurde durch General Smuts' Erfindung des Mandat-Systems offensichtlich, durch welches deutsche Kolonien erworben werden konnten, ohne sie anektieren zu müssen.

Von Smuts ging an die kanadischen und australischen Staatsmänner die Anregung aus, den Friedensvertrag von Versailles gesondert zu unterzeichnen, sowie dem Völkerbund beizutreten, um dem britischen Reich gegenüber ihre Selbständigkeit in internationalen Angelegenheiten kundzutun. Selbst innerhalb der Reichspolitik behauptete die südafrikanische Regierung ihre Unabhängigkeit, als sie sich weigerte, für den Ausbau der Singapore-Flottenbasis einen Zuschuß zu leisten, und Lloyd Georges Waffenaufruf gegen die Türkei geächtet und unbeachtet ließ.

Der Widerstand der Südafrikanischen Union gegen die indischen Interessen, der vorher schon von Natal, Transvaal und anderen Staaten geltend gemacht worden war, richtete sich gleichfalls gegen die Reichsautorität, insbesondere auf der Reichskonferenz. Obgleich die Smuts-Regierung ständig das südafrikanische Freiheitsideal förderte, kamen dennoch die radikalen Verfechter der Unabhängigkeit Südafrikas unter General Herjogs Führung zur Macht. General Herjogs beharrliches Bestehen auf Gleichberechtigung brachte eine bedeutungsvolle Entscheidung auf der letzten Reichskonferenz, welche den Aufbau des Britischen Weltreiches wesentlich veränderte: die nahezu volle Souveränität der Dominions als Nationen.

Die südafrikanischen Bemühungen, den „Union Jack“ durch eine Landesflagge zu ersetzen, sind ein anderer Ausdruck des Willens zur Unabhängigkeit. Heute hat die südafrikanische Regierung nicht nur auf ihre eigene Befehlsgebung und Verwaltung, sondern auch auf die Landesverteidigung bestimmenden Einfluß. Für die auswärtigen Angelegenheiten wurde ein besonderes Departement mit einem Staatssekretär errichtet.

Während des Weltkrieges beschlagnahmte die Regierung Großbritanniens gegen alle internationalen Abmachungen das Eigentum deutscher Bürger auf britischem Gebiet, eine Maßnahme, der sich die Buren aus Sympathiegründen widersetzen. General Serzon erklärte kürzlich, daß das frühere Deutsch-

Südwest-Afrika als fünfte Provinz der Südafrikanischen Union angegliedert werden müßte, aber den deutschen Ansiedlern volle Selbstverwaltung eingeräumt werden sollte. Wenn diese Anschlußpolitik durchgeführt wird — und es besteht alle Aussicht auf Verwirklichung — werden die radikalen Südafrikaner in ihrem Streben nach voller Unabhängigkeit die Unterstützung der Deutschen finden. Natürlich werden die Britisch-Afrikaner versuchen, gegen die Mehrheit der Buren und Deutschen sich durchzusetzen. — Jedenfalls ist es klar, daß Südafrika heute von den Buren beherrscht wird und die Zugehörigkeit zum britischen Reich nur noch dem Namen nach besteht.

Abbruch der Drei-Seemächte-Konferenz

Genf, 4. August. Die Drei-Seemächte-Konferenz ist heute nachmittags um 4 Uhr in einer öffentlichen Vollsitzung ergebnislos abgebrochen worden. In der heutigen Nachmittagsitzung, die einen rein formalen Charakter trug, gaben die drei Delegationsführer, für England Lord Bridgeman, für Japan Admiral Saito und für die Vereinigten Staaten der Votschaffer Gibson, Erklärungen ab, in denen der bekannte Standpunkt der Regierungen der drei Delegationen in der Abrüstungsfrage dargelegt und begründet wird. In einer gemeinsamen Erklärung aller drei Delegationen, die als Beschlußfassung der Konferenz gilt, wird darauf hingewiesen, daß in einigen Fragen eine Verständigung erzielt werden konnte. In der Hauptfrage der Beschränkung der Kreuzerklasse sei jedoch eine Einigung nicht möglich geworden. Die drei Regierungen empfehlen in der gemeinsamen Entschließung ihren Regierungen eine eingehende Prüfung des auf der Konferenz erörterten Methoden einer Beschränkung der Flottenrüstung. Zum Schluß wird die Einberufung der Washingtoner Abrüstungskonferenz zu einem früheren Termin als dem in Aussicht genommenen August 1931 empfohlen. Nach Abgabe der Erklärungen der Delegationen wurde die Konferenz von dem Präsidenten formell geschlossen.

Die Schlußsitzung der Seeabrüstungskonferenz

Genf, 4. August. An der heutigen öffentlichen Vollsitzung der drei Seemächtekonferenz, die den Abschluß der Konferenz brachte, nahmen sämtliche Delegierten und militärischen Sachverständigen, sowie der italienische und der französische Beobachter teil. Zu Beginn der Sitzung teilte der Präsident Votschaffer Gibson mit, daß die drei Delegationen überein gekommen seien, noch einmal in formalen Erklärungen ihren Standpunkt in der Abrüstungsfrage darzulegen und insbesondere die Gründe bekannt zu geben, aus denen heraus eine Einigung nicht habe erzielt werden können.

Als erster sprach dann Lord Bridgeman, der das bekannte englische Abrüstungsproblem darlegte. Für die englische Delegation seien drei Gesichtspunkte maßgebend gewesen:

1. Beschränkung des Flotten-Wertrüstens,
2. die Flotte als Verteidigungsmittel zum Schutz der nationalen Sicherheit,
3. die wirtschaftliche Seite des Abrüstungsproblems.

Lord Bridgeman wies dann darauf hin, daß die amerikanische Delegation in allen Hauptpunkten die englischen Vorschläge abgelehnt habe. Der entscheidende Gegensatz zwischen der amerikanischen und der englischen Auffassung liege in der Kreuzer-Frage. Gerade in diesem Punkt müßte der besonderen Lage des englischen Weltreiches Rechnung getragen werden. Eine große Zahl kleiner Kreuzer sei für England angesichts der Erfahrungen des Krieges eine lebenswichtige Notwendigkeit. Die englischen Abrüstungsvorschläge hätten praktisch zu einer Ersparnis von 50 Millionen Pfund Sterling allein für England geführt. Die Vereinigten Staaten wären jetzt infolge ihrer großen finanziellen Mittel in der Lage, einen unbeschränkten Bau von Kreuzern vorzunehmen. Die englische Delegation sei enttäuscht, daß es auf dieser Konferenz nicht möglich gewesen sei, ein allgemeines Flottenabrüstungsabkommen zwischen den drei großen Seemächten abzuschließen. Auch der englische Vorschlag auf Abschluß eines Abkommens für diejenigen Punkte, in denen eine Einigung erzielt worden sei, sei von den anderen Delegationen abgelehnt worden. England habe trotzdem keineswegs die Absicht, lediglich aus Konkurrenzgründen jetzt zu neuen Flottenrüstungen zu schreiten. Die englische Delegation hege die Hoffnung, daß diese Konferenz nicht mit einem Gefühl der Bitterkeit und Hoffnungslosigkeit schließe. Keinerlei Abkommen oder Formeln wären aber letzten Endes geeignet, den Frieden der Welt aufrecht zu erhalten, wenn nicht der Geist des Friedens und der Freundschaft die Völker beherrsche. Die englische Delegation hoffe auf einen späteren Erfolg des Abrüstungsgedankens. Zum Schluß betonte Bridgeman,

man, daß er diese Erklärung auch für die Regierungen von Großbritannien, Indien, Canada, Australien, Neuseeland und Südafrika abgebe. Der auf der Konferenz anwesende Vertreter Irlands schloß sich sodann ebenfalls den Erklärungen Sir Bridge-mans an.

Für die japanische Delegation gab hierauf Saito eine Erklärung ab, in der er besonders hervorhob, daß zwischen der englischen und der japanischen Delegation ein grundlegendes, fast sämtliche Punkte des Abrüstungsprogrammes umfassendes Uebereinkommen erzielt worden sei. Die japanische Delegation sei jedoch enttäuscht, daß die amerikanische Delegation dem japanisch-englischen Uebereinkommen nicht habe beitreten können. Die hauptsächlichste Schwierigkeit auf dieser Konferenz sei die Beschränkung der Kreuzer und insbesondere die Herabsetzung der Kaliber der Schiffsgeschütze gewesen. Die von der japanischen Delegation noch in den letzten Tagen gemachten Versuche, ein Kompromiß zwischen der englischen und der amerikanischen Delegation herbeizuführen seien gescheitert. Die japanische Delegation bedauere die Ergebnislosigkeit der Konferenz. Dennoch sei sie davon überzeugt, daß die Versuche, in Zukunft ein Wettrennen der Flotten durch ein formelles Abkommen zu vermeiden, doch noch zu einem Erfolg führen würden.

Der amerikanische Votschaffer Gibson gab sodann für die amerikanische Delegation eine Erklärung ab, in der er sich eingehend mit den englischen Vorschlägen befaßte und diese als unannehmbar für die Vereinigten Staaten bezeichnete. Es gebe gegenwärtig kein neues weltpolitisches Moment, oder keine weltpolitische Entwicklung, die derartige Flottenrüstungen rechtfertigen, wie sie England fordere. Eine der größten Flotten der Welt, die deutsche Flotte, bestände nicht mehr. Keine der großen führenden Seemächte wünsche eine Bedrohung des englischen Weltreiches. Außer den auf der Konferenz vertretenen Mächten, wären überhaupt nur 5 Staaten im Besitz von modernen Kreuzern, die jedoch nicht mehr als 70 000 Tonnen umfassen. Die amerikanische Delegation schließe sich den Erklärungen des englischen Staatssekretärs des Auswärtigen Chamberlain, daß zwischen England und den Vereinigten Staaten ein Krieg unmöglich sei, voll und ganz an. Die Regierung der Vereinigten Staaten hätte auch bisher keineswegs versucht, die amerikanische Flotte der Entwicklung der englischen Flotte anzupassen. Gibson drückte dann sein Bedauern über das Scheitern der Konferenz und weiterhin die Hoffnung aus, daß eine Verständigung zwischen den drei Seemächten noch erreicht werden müßte. Die gegenwärtige Unterbrechung der Abrüstungsverhandlungen bedeute keineswegs, daß es auch für die Zukunft unmöglich sei, eine Uebereinstimmung über die Methoden der Flottenabrüstung herbeizuführen.

Nach Verlesung der Erklärungen der drei Delegationsführer legte Präsident Gibson eine gemeinsame Erklärung vor, die von den Delegationen angenommen und vom Präsidenten zum offiziellen Beschluß der Konferenz erklärt wurde. In dieser Erklärung wird darauf hingewiesen, daß in einer Reihe von wichtigen Fragen, insbesondere über die Beschränkung der Zerstörer und der Unterseeboote, eine Verständigung auf der Konferenz erzielt worden sei. Die Differenzen über die Beschränkung der Kreuzer hätten sich jedoch als so schwerwiegend herausgestellt, daß eine Vertagung der Seeabrüstungskonferenz notwendig geworden sei. Nachdem dann in großen Zügen die Gegensätze zwischen den drei Delegationen in der Kreuzerfrage gekennzeichnet worden, heißt es weiter, daß diese Schwierigkeiten eine neue Prüfung dieses Problems durch die einzelnen Regierungen erforderlich machten, um in Zukunft auf der Basis neuer Vorschläge eine neue Lösung herbeizuführen zu können. Die drei Delegationen seien ferner übereingekommen, ihren Regierungen vorzuschlagen, die zum August 1931 einzuberufende neue Konferenz der Signatarstaaten des